

Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ingo Senftleben,
zur Regierungserklärung am 23.09.2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Brandenburg wird 25. Das ist zweifellos ein schöner Grund zu feiern.
Die Brandenburger haben im zurückliegenden Vierteljahrhundert viel erreicht und können mit Fug und Recht stolz darauf sein.

Sehr gern würde ich daher an dieser Stelle auf diese zweieinhalb Jahrzehnte zurückblicken, die Aufbauleistung meiner Elterngeneration würdigen, mich für die Unterstützung der alten Bundesländer bedanken und dabei noch die eine oder andere besondere Anekdote einstreuen.

Doch, meine Damen und Herren,

ich glaube dafür ist der Landtag Brandenburg am heutigen Morgen nicht der richtige Ort. Das Land befindet sich mitten in der größten Herausforderung seiner noch jungen Geschichten.

Wöchentlich erreichen uns mehrere Hundert Asylbewerber und Flüchtlinge, vor allem aus Syrien.

Etwa eine Million Menschen werden in diesem Jahr in Deutschland Asyl beantragen. In Brandenburg werden es wohl mindestens 30.000 Personen.

Nur zum Vergleich - das ist in etwa die Einwohnerzahl der Stadt Neuruppin.

Und deshalb platzen unsere Erstaufnahmeeinrichtungen aus allen Nähten. Und deshalb suchen unsere Kommunen händeringend neue Unterkünfte.

Da der Winter vor der Tür steht, wird die Unterbringung in Zelten immer schwieriger.

Und dabei habe ich nur die dringendsten Probleme erwähnt. Komplexe Herausforderungen wie die Integration, die Aufnahme in Schulen und Kindertagesstätten oder den Arbeitsmarkt sind hier noch gar nicht angesprochen. Nein, an diesem Morgen erwarten die Brandenburgerinnen und Brandenburger zu recht von uns, dass der Sekt im Kühlschrank bleibt und wir uns ihrer drängendsten Fragen annehmen.

Meine Damen und Herren,
jede Generation hat ihre historische Herausforderung, an deren Bewältigung sie einst von der Nachwelt gemessen werden wird.

Für unsere Großeltern war es deren Verhalten in Krieg und Nazi-Diktatur und der Umgang mit der deutschen Schuld im Nachkriegsdeutschland.

Eine nächste Generation hatte die friedliche Revolution und die Wiedervereinigung zu meistern.

Ich bin fest davon überzeugt, dass man uns, dass unsere Kinder uns daran messen werden, wie wir in der Zeit unserer Verantwortung mit den enormen Flüchtlingsbewegungen umgegangen sind.

Welche Fragen man uns dann stellen wird, hängt von unseren Entscheidungen in diesen Tagen ab.

Wird man uns etwa fragen, warum wir kaltherzig waren?
Warum wir zugesehen haben, wie Tausende Menschen, darunter viele Frauen und Kinder, ertrinken?

Warum wir jene, die alles verloren und Fürchterliches erlebt haben, mit Stacheldraht und Tränengas bekämpft haben? Warum wir die quälenden Bilder ignoriert haben?

Oder wird man uns fragen, warum wir den Zuzug zu wenig begrenzt und damit soziale Probleme geschaffen haben, die Deutschland noch in Jahrzehnten beschäftigen?

Oder wird man einst sagen, ihr habt Herz, Nächstenliebe und Vernunft zugleich bewiesen, weshalb die Aufgabe alles in allem ganz ordentlich gemeistert wurde. Wir sollten gemeinsam, meine Damen und Herren, alles dafür tun, dass die letztgenannte Variante eintritt.

Wir sollten Herz, Nächstenliebe und Vernunft beweisen.

1. Was jetzt zu tun ist

„Wir schaffen das!“, sagte Bundeskanzlerin Merkel und ich bin davon überzeugt, sie hat recht.

„Wir schaffen das“, heißt aber nicht, dass es von alleine irgendwie funktionieren wird.

1.1 Verunsicherung der Menschen

Wir schaffen das, wenn wir zu allererst ehrlich mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen und die vorhandene Verunsicherung aufnehmen.

In vielen Gesprächen erfahre ich, dass es auf der einen Seite große Hilfsbereitschaft und Verständnis dafür gibt, dass wir vielen Flüchtlingen Schutz und Unterkunft bieten.

Allen ehren- wie hauptamtlichen Helfern, die in diesen Tagen großartiges leisten, gebührt unser ausdrücklicher Dank.

Danke – das sie Taten sprechen lassen!

Auf der anderen Seite erwachsen aus den hohen Flüchtlingszahlen auch Bedenken und Unsicherheit.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben in den vergangenen 25 Jahren viel Veränderung erlebt – manch einer auch durchlitten.

Vieles hat sich in dieser Zeit zum Besseren gewendet, aber nicht jeder hat davon profitiert.

Natürlich fragen sich die Menschen heute wieder wie viel Veränderung ihr Leben verträgt.

Was wird aus meinem Dorf?

Was aus meiner Arbeit?

Was aus der Schule meiner Kinder oder Enkel?

Ich bin davon überzeugt, dass wir die Aufgaben, vor denen wir heute stehen nur meistern können, wenn die einen lernen, dass Veränderungen auch Vorteile bringen können.

Und die anderen lernen, dass nicht jede Angst vor Veränderung reaktionär ist.

Wir sind als Politiker gefragt, eine Sprache zu finden, die nicht Ängste verdammt. Aber sehr wohl jene, die Ängste schüren, die Ängste zum Vorwand nehmen für Vorurteil, Kälte und Hass.

Unser Verständnis endet dort, wo sich Neid, Missgunst und stumpfe Fremdenfeindlichkeit Bahn brechen, wie wir es wohl am Wochenende in Neuhardenberg wieder erleben mussten.

Es gibt keine Rechtfertigung für Gewalt und Verunglimpfungen gegen Schutzsuchende.

Es ist unsere Pflicht als Demokraten, uns vor die Opfer zu stellen, seien es Flüchtlinge oder Helfer.

1.2 Gemeinsames Handeln

Meine Damen und Herren, wir schaffen das, wenn Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen, statt sich gegenseitig den schwarzen Peter zuzuschieben. Wenn wir parteiübergreifend die richtigen Antworten finden.

Wir begrüßen deshalb, dass der Bund zugesagt hat, weitere erhebliche Finanzhilfen für Länder und Kommunen bereit zu stellen.

Allerdings, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, empfand ich die Tonlage Ihrer Äußerungen in diesem Zusammenhang am vergangenen Wochenende unangemessen, wenn nicht gar unkollegial.

Es gibt wohl gegenwärtig kein Thema, das für die Eigenprofilierung weniger geeignet ist, als die Bewältigung der Flüchtlingskrise.

Hier sollten sich, die die Hauptlast der Anstrengungen zu tragen haben, nicht noch öffentlich Knüppel zwischen die Beine werfen.

1.3 Bleibeperspektive/Rückführung

Wir schaffen das, wenn wir unsere Ressourcen auf Menschen mit einer Perspektive zum Hierbleiben konzentrieren und all jene, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt wurden, konsequent in ihre Heimatländer zurückführen.

Ich glaube, es war ein Fehler, dass Brandenburg im Frühjahr im Bundesrat einem Gesetz zur Anerkennung weiterer Balkanstaaten als sichere Herkunftsländer die Zustimmung versagte.

Denn gerade belegt eine neue Studie des Instituts für Weltwirtschaft:

Wenn Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft werden, verkürzt dies nicht nur die Dauer der Asylverfahren. Es verringert sich auch die Zahl der Antragsteller aus diesen Staaten erheblich, weil wir den Menschen keine Illusionen über ihre Bleibeperspektive machen.

Ich zitiere eine Aussage aus der Studie:

„Vom Januar bis zum August dieses Jahres stieg die Zahl der Asylanträge aus den nicht als sicher eingestuften Staaten Albanien, Kosovo und Montenegro von 8570 auf 70.637.

Das ist eine Steigerung um 724 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum im vorigen Jahr.

Dagegen steigerte sich die Zahl der Anträge aus den sicheren Herkunftsländern Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien in diesem Zeitraum nur um 32 Prozent auf 22.281.“

Meine Damen und Herren von der Linken, hier müssen sie jetzt ihre Verantwortung wahrnehmen.

Brandenburg muss beim morgigen Flüchtlingsgipfel zustimmen, Herr Woidke kann aus unserer Sicht morgen zustimmen.

Gleiches gilt für den Abbau formaler Hürden bei der Rückführung.

Im vergangenen Jahr wurden von mehreren Tausend rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern in Brandenburg gerade einmal gut 100 zur Ausreise gebracht.

Damit ist Brandenburg bundesweit eines der Schlusslichter.

Zum 31. Juli 2014 weist das Ausländerzentralregister mittlerweile knapp 4.500 Ausreisepflichtige für Brandenburg aus.

Diese Plätze benötigen wir dringend für Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber mit Perspektive zum Hierbleiben.

Die CDU hatte deshalb bereits im Januar dieses Jahres gefordert, dass die Ausländerbehörde des Landes den Kreisen diese verwaltungsrechtlich hochkomplexe Aufgabe abnimmt.

In der jetzigen Struktur wird Rückführung in Brandenburg auch künftig nicht funktionieren können. Und dies können wir nicht zulassen.

Und schließlich müssen wir die Anreize für Menschen aus sicheren Herkunftsländern reduzieren.

Die CDU steht ja dieser Tage nicht gerade im Verdacht, mit Innenminister Schröter zu zimperlich umzugehen.

Aber für seinen Vorschlag, im Erstaufnahmebereich wieder stärker auf Gutscheine statt Bargeld zu setzen, dem ja eine profunde Praxiserfahrung aus Oberhavel zu Grunde liegt, hätte ich mir seitens der Koalition mehr Unterstützung gewünscht.

Es ist richtig, dass der Bund, mit Unterstützung der SPD übrigens, diesen Vorschlag aufgegriffen hat.

1.4 Flexibilisierungen

Meine Damen und Herren, wir schaffen das, wenn wir schnell auch die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen flexibel anpassen.

Die CDU hat Ihnen, Herr Ministerpräsident, hierbei volle Kooperation angeboten und dazu stehen wir.

Allerdings will ich nicht verhehlen, dass es uns schon etwas enttäuscht, dass zu dieser Plenarwoche noch kein einziger Gesetzentwurf vorgelegt worden ist.

Das Landesaufnahmegesetz liegt doch angeblich überarbeitet bereits in der Schublade.

Warum beraten wir es nicht?

In der Brandenburgischen Bauordnung gilt es Hürden für den Bau von Unterkünften abzubauen. Auch hier müssen wir schnell handeln.

Die nächste reguläre Plenarsitzung Mitte November ist hierfür nach unserer Auffassung zu spät.

Lassen sie uns also gemeinsam in einer Sondersitzung des Landtages die notwendigen Veränderungen auf den Weg bringen.

1.5 Integration

Meine Damen und Herren, wir dürfen uns keine Illusionen machen.

Viele der Flüchtlinge mit Perspektive zum Hierbleiben werden dauerhaft in Deutschland leben, arbeiten, Steuern zahlen, Familien gründen.

Wer die deutsche Sprache lernt, bereit ist, sich anzustrengen, und sich in unser gesellschaftliches Leben einbringt, der kann und der wird in Brandenburg eine neue Heimat finden.

Es ist an uns, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und Integration frühzeitig zu beginnen.

Schalten wir um und klagen nicht, wo Brandenburg schrumpft, sondern packen wir an, damit Brandenburg wachsen kann.

- Kinder müssen schnell in Kita´s und Schulen.
- Zahlreiche Flüchtlinge wollen ihre Berufsausbildung oder ein Studium abschließen.
- Viele verfügen über gute berufliche Qualifikationen und wollen ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften

Dies alles müssen wir ermöglichen und beim Flüchtlingsgipfel am Donnerstag werden hierzu erste wichtige Vorschläge gemacht.

Integration ist aber nach meiner Überzeugung mehr als Sprache.

Wir müssen vermitteln, nach welchen Regeln das Zusammenleben in einem Land funktioniert, das zu Recht stolz auf seine freiheitlich demokratische Grundordnung ist und zu der gehört auch die Religions- und Meinungsfreiheit.

Karikaturen über den Propheten Mohammed sind in Deutschland vielleicht eine Frage des guten Geschmacks, aber sicher keine Rechtfertigung für Gewalt. Auch die Töchter muslimischer Familien genießen in Deutschland das Recht, ihren Ehepartner frei wählen zu können. Das ist eben keine reine Familienangelegenheit.

In Deutschland darf jeder schwul oder lesbisch sein und sich hierzu auch öffentlich bekennen, ohne Anfeindungen ausgesetzt zu sein.

Und auch unsere deutsche Geschichte, aus der sich ein besonderes Verhältnis zu Israel, die Ablehnung jeder Form von Antisemitismus und das Gedenken an den Holocaust ergeben, darf nicht zur Disposition gestellt werden.

Es ist an uns, diese Werte zu vermitteln, dafür zu werben und einzustehen. Es ist an uns, Fanatismus im Namen einer Religion konsequent zu begegnen. Dies muss die Prämisse aller Integrationsbemühungen sein.

1.6 Europäische Dimension

Meine Damen und Herren,

Angela Merkel hat Recht, wenn sie sagt: „Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze.“

Und dieser Schutzanspruch ist ebenso ein nicht verhandelbarer Wert in unserer Gesellschaft.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Kernelement unseres Selbstverständnisses, welches sich nach den Verbrechen des Nationalsozialismus, nach Krieg und Vertreibung in Deutschland herausgebildet hat.

Nahezu jeder von Ihnen wird in seiner Familie einen Vorfahren finden, der oder die selbst erleben musste, was es heißt, die Heimat aufzugeben, Angehörige zurückzulassen.

Wir bekennen uns zum Asylgrundrecht gerade in Zeiten, in denen dies besondere Anstrengungen verlangt. Denn ansonsten wäre es eine moralische Bankrotterklärung für unsere Gesellschaft.

Das Grundrecht auf Asyl kennt keine Obergrenze. Aber die Integrationskraft eines Landes sehr wohl.

Klar ist, je mehr Menschen in kurzer Zeit zu uns kommen, desto schwieriger wird es, die täglichen Aufgaben zu meistern, Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Registrierung, Verteilung und angemessene Unterbringung. Vor allem aber die soziale Betreuung und die langfristige Integration werden immer schwieriger.

Wir schaffen das, aber wir schaffen das nicht allein.

Die Flüchtlingsbewegung muss als europäische Aufgabe verstanden werden. Die Europäische Union steht vor einer Bewährungsprobe, welche aus meiner Sicht weitaus größer ist, als alle Finanzkrisen der letzten Jahre.

Denn es stellt sich die Frage, ob wir nicht nur ein gemeinsamer Währungs- und Wirtschaftsraum, sondern auch eine Wertegemeinschaft sind.

Ich hoffe, dass wir nach dem Gipfel am heutigen Abend hier einen Schritt weiter sind.

Dringend erforderlich sind ein einheitliches EU-Asylrecht, eine gemeinsame EU-Liste sicherer Herkunftsländer sowie eine faire, anteilige Verteilung der Flüchtlinge.

Nicht jedem, der gern nach Deutschland kommen möchte, wird dies möglich sein. Mancher wird gegen seinen Wunsch nach Spanien, Polen oder Frankreich müssen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vor überzogenen deutschen Erwartungen warnen. Es kann weder darum gehen, die deutschen Standards unseren Partnern aufzuzwingen, noch dürfen wir die teils menschenunwürdige Behandlung in Ungarn akzeptieren.

Vorrangig ist, dass wir in Europa einen gemeinsamen Nenner in dieser Frage finden.

Dann kann es gelingen, dass die EU auch aus dieser Krise gemeinsam gestärkt hervorgeht.

Meine Damen und Herren,

Wichtig ist ein gemeinsames Vorgehen, um den Ursachen von Flucht und Vertreibung zu begegnen. Deutschland muss sich fragen, was wir dazu beigetragen können, um wieder Frieden in Syrien herzustellen und bis dahin sichere Schutzzone zu errichten.

Auf uns wird die Entscheidung zukommen, uns stärker in Afrika zu engagieren und die teilweise unwürdigen Zustände in Flüchtlingslagern zu ändern.

Wir müssen stärker die Nöte in den Herkunftsländern in den Blick nehmen. Wir brauchen eine gerechtere Welt.

2. Schluss

Anrede,

Ja, die hohe Zahl an Flüchtlingen wird etwas verändern. So wie sich Deutschland und Brandenburg in den vergangenen 25 Jahren verändert haben, so wird es auch in den nächsten 25 Jahren Veränderungen geben.

Die Tugenden der vergangenen 25 Jahre brauchen wir mehr denn je:

- Mut, sich auf Veränderungen einzulassen
- Entschlossenheit, sie zu gestalten und
- Optimismus, der sich von den unvermeidlichen Mühen der Ebene nicht entmutigen lässt.

Die Kraft dazu ziehen wir aus dem Stolz auf das Erreichte.

Wir schaffen das.

Wir haben es schon einmal geschafft.

Vielen Dank!